

Glyphosat

Minister Schmidt darf bleiben

Der CSU-Politiker stimmte im Alleingang für den Unkrautvernichter, kommt aber mit einer Rüge der Kanzlerin davon. Interne Unterlagen zeigen: Das Agrarministerium bereitete den Schritt seit Langem vor.

LENA KAMPF UND ROBERT ROSSMANN, SZ, 29.11.17

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat Agrarminister Christian Schmidt (CSU) wegen dessen Verhalten im Streit um das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat deutlich kritisiert. Merkel sagte, mit seinem Abstimmungsverhalten in Brüssel habe das Agrarministerium gegen die Geschäftsordnung der Regierung verstoßen. Der Vertreter des Agrarministeriums hatte am Montag dafür gestimmt, den Einsatz von Glyphosat in der EU weitere fünf Jahre zu erlauben. **Ohne das deutsche Ja hätte es dafür nicht die nötige Mehrheit gegeben.** Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hatte sich gegen eine derartige Verlängerung ausgesprochen, Deutschland hätte sich deshalb in Brüssel enthalten müssen. Merkel sagte, sie habe mit Schmidt gesprochen. Sein Verhalten sei "etwas, was sich nicht wiederholen darf", ansonsten sei ein "gedeihliches" Arbeiten in der Bundesregierung nicht möglich. Fragen, warum sie Schmidt wegen des Vorfalles nicht entlasse, wick Merkel aus.

Das Verhalten Schmidts belastet die geplanten Gespräche zwischen Union und SPD über die Bildung einer Regierung. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Carsten Schneider, sagte, das Kanzleramt sei offensichtlich derzeit nicht in der Lage, seine Aufgaben wahrzunehmen. Der "Autoritätsverlust der Bundeskanzlerin" sei greifbar geworden. Merkel ist jedoch in keiner einfachen Lage. Sie kann einen von der CSU gestellten Minister nur mit Billigung von CSU-Chef Horst Seehofer entlassen - jedes andere Vorgehen hätte unabsehbare Folgen für das Verhältnis zwischen den beiden Schwesterparteien. Schmidts Vorgänger Hans-Peter Friedrich (CSU) wurde 2014 mit Billigung Seehofers aus dem Bundeskabinett gedrängt. Schmidt hingegen wird von Seehofer verteidigt. Der CSU-Chef sagte, er könne "nicht verstehen, dass ein Minister so abgekanzelt wird". Schmidt habe die Rückendeckung der CSU. Das Agrarministerium hatte bereits seit Monaten nach Wegen gesucht, wie es in Brüssel das Glyphosat-Veto des Umweltministeriums umgehen kann. Das ergibt sich aus Akten, die Süddeutsche Zeitung, WDR und NDR einsehen konnten. Demnach empfahl das zuständige Fachreferat für Pflanzenschutz Minister Schmidt bereits am 7. Juli zu prüfen, ob man ohne das Einverständnis des Umweltministeriums dem Vorschlag der EU-Kommission "eigenverantwortlich" zustimmen könne.

Wenige Wochen später bat die Fachabteilung die Leitungsebene des Ministeriums darum, bei der Kanzlerin eine Weisung zu erwirken. Dadurch sollte ermöglicht werden, dass das Agrar- ohne Rücksicht auf das Umweltministerium in Brüssel der Verlängerung der Glyphosat-Zulassung zustimmen kann. Das Schreiben an die Leitungsebene vom 24. August ist mit einer Fußnote versehen. In ihr wird darauf verwiesen, dass Merkel sich auf dem Deutschen Bauerntag für Glyphosat ausgesprochen habe. Die Fachabteilung des Agrarministeriums war mit ihrem Vorstoß aber offensichtlich nicht erfolgreich. Die Bundeskanzlerin sagte am Dienstag, das Verhalten Schmidts habe "nicht der Weisungslage" entsprochen.

CSU-Landwirtschaftsminister

In einsamer Mission

Warum der sonst so zögerliche Christian Schmidt sich bei der Brüsseler Abstimmung über die weitere Zulassung des Unkrautvernichtungsmittels auf einmal ganz entschlossen gezeigt hat.

Michael Bauchmüller, SZ, 29.11.17

So ist er, der Schmidt. Am Dienstag danach sitzt Christian Schmidt im Bundeskanzleramt und schweigt. Am Montag hat der Landwirtschaftsminister von der CSU quasi im Alleingang das umstrittene Pestizid Glyphosat durchgesetzt. Am Dienstag isst er im Kanzleramt zusammen mit 30 Oberbürgermeistern und Ministerpräsidenten Königsberger Klopse mit Kapern: beim Dieseltreffen.

Schmidt ist schließlich auch amtierender Verkehrsminister. Der CSU-Politiker hat den Job von Alexander Dobrindt geerbt, kommissarisch. Schweigsam sei er gewesen, berichten Teilnehmer. Geradezu einsilbig.

"So is er, der Schmidt", hatte er am Vorabend bei einer eilig anberaumten Pressekonferenz über sich gesagt - noch voller Selbstbewusstsein. "Ich fühle mich verpflichtet, in der Bundesregierung die Dinge zu entscheiden, die zur Entscheidung anstehen." Selten war der einstige Verteidigungspolitiker in den vergangenen vier Jahren so entschieden aufgetreten. An die Landwirtschaft war er ohnehin geraten wie die Jungfrau zum Kind. **Doch am Montag hat der Franke eine höchst toxische Mischung angerührt:** Er lässt in Brüssel eine Entscheidung passieren, die sein Koalitionspartner SPD seit Jahren mit Verve bekämpft - in einer Phase, in der Union und SPD sich anschicken, über eine neue Koalition zu reden. Was will er, der Schmidt?

Aktuelles Lexikon: „Er“ statt „ich“

Zur Verteidigung der Glyphosat-Entscheidung strich Landwirtschaftsminister Christian Schmidt in der "Tagesschau" sein Talent für sachgerechtes Tun heraus, und das mit dem bekräftigenden Nachsatz: "So is er, der Schmidt." Man kennt dieses Sprechen von sich in der dritten Person aus diversen Quellen. Cäsar berichtet, dass Cäsar seine Truppen auf den nächsten Hügel geführt und in Schlachtordnung aufgestellt habe. Bei Karl May sagt Winnetou: "Winnetou hat seinen Tomahawk mit ihm gemessen". Und wer den Handwerker X. zweifelnd fragt, ob er einen Schaden beheben könne, kann zur Antwort bekommen: "Keine Sorge, X. macht das." Diese Sprechweise hat nichts mit der Anredeform zu tun, die man einst Domestiken gegenüber verwendete: "Aber höre sie, Mamsell" (Schiller, Fiesco). Der Fachbegriff dafür lautet Illeismus (von lateinisch ille gleich jener, er). Die Stilfigur ist vielfältig deutbar, unter anderem so, dass Schmidt daran möglicherweise wenig Freude hätte: als vorgeblich bescheidene, in Wahrheit von Eigensucht getriebene Vermeidung des Pronomens "ich", bei der die eigene Meinung durch eine andere Person mit lobender Zustimmung angeführt wird, um indirekt die eigene Vorzüglichkeit zu inszenieren (so laut Wikipedia Samuel Taylor Coleridge). In der Presse treibt der **Illeismus** sein Unwesen, wenn sich Autoren hinter der gespreizten Wendung "Verfasser dieses" verbergen. HERMANN UNTERSTÖGER

Am Tag danach gehen die Deutungen weit auseinander. Will er diese Koalition verhindern? Will er sich, kurz vor dem Parteitag, seiner CSU als furchtloser Kämpfer empfehlen? **Tut er der Agrar- und Chemielobby einen letzten Gefallen?** Oder hat er einfach genug vom Glyphosat-Streit?

Eines zumindest lässt sich ausschließen: ein Versehen. Schon am Montagmorgen haben die Staatssekretäre aus Landwirtschafts- und Umweltministerium Kontakt. Umwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth macht klar, dass sein Haus bei einem "ganz klaren Nein" bleibe. Mittags greift Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) zum Hörer, sie sagt das Gleiche ihrem Kollegen Schmidt. Der bestätigt das Ergebnis noch einmal per SMS. Um 13:07 Uhr schreibt er Hendricks, dass damit der "Dissens leider bestehen" bleibe. Im Umweltministerium atmen die Experten auf, die Glyphosat-Mehrheit scheint abgewendet zu sein. Der Ball läge nun im Feld der Kommission, und ob die das Pflanzengift billigt, ist zumindest nicht entschieden. Geschieht nichts, läuft die Genehmigung für das Pflanzengift Ende des Jahres ab.

Wenn sich zwei Minister streiten, bleibt in Brüssel eigentlich nur eins: Deutschland enthält sich

Tatsächlich waren es die Stimmen aus Deutschland, die den Unterschied gemacht haben - hätte sich der deutsche Gesandte enthalten, wäre die nötige Mehrheit nicht zustande gekommen (siehe nebenstehenden Bericht). Aber durfte Schmidt die Dinge entscheiden, "die zur Entscheidung anstehen", wie er sagt?

Die Frage ist hochpolitisch, denn sie führt ins Reich potenzieller Konsequenzen für den CSU-Politiker. Im Umfeld des Kanzleramtes heißt es zunächst noch, Schmidt habe nicht widerrechtlich gehandelt, sondern im Rahmen seiner Ressortverantwortung. Das aber passt nicht ganz zur "gemeinsamen Geschäftsordnung" der Regierung. Das 73-seitige Dokument regelt, wie die Ministerien gemeinsam das Land regieren, wie sie sich abstimmen und was passiert, wenn sie sich nicht einigen können. Auch die Juristen des Umweltministeriums berufen sich darauf. "Solange Meinungsverschiedenheiten bestehen, darf das federführende Bundesministerium keine allgemein bindenden Entscheidungen treffen, die das Einvernehmen anderer Bundesministerien voraussetzen", heißt es in Paragraph 19. Und dann, in Paragraph 74: "Die Haltung der Bundesregierung zu

Vorhaben der Europäischen Union ist in den Gremien der Europäischen Union einheitlich darzustellen.“

"Ich fühle mich verpflichtet, die Dinge zu entscheiden, die zur Entscheidung anstehen": Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) - hier mit Kanzlerin Angela Merkel am Dienstag beim Klimagipfel - hat der Lizenz-Verlängerung für den Glyphosat-Einsatz zugestimmt. Foto: Lüdtk/picture alliance; Michael Sohn/AP

Zumindest der Bundeskanzlerin ist das klar. "Das Verhalten entspricht nicht dem, was wir in der Geschäftsordnung der Bundesregierung vereinbart haben", sagt sie am Dienstag nach dem Dieseltag. "Dieses gilt auch für eine geschäftsführende Bundesregierung." Darüber habe sie auch mit Schmidt schon gesprochen, so ein Vorgang dürfe sich nicht wiederholen. "Ansonsten ist ein gedeihliches gemeinsames Arbeiten in der Bundesregierung nicht möglich." Minister bleibt der CSU-Mann aber: Seine Absetzung hätte vielleicht die SPD gefreut, nicht aber die Schwesterpartei. Und Merkel versucht nun, den Riss wieder zu kitten. Sie will schließlich über eine neue Koalition reden.

Schmidt hatte der Kommission signalisiert, dass er einer Verlängerung zustimmen könnte Dass ein Alleingang beim Reizthema Glyphosat nicht ohne Blessuren abgeht, hätte Schmidt freilich ahnen können, denn der Streit mit Hendricks läuft schon seit fast zwei Jahren. Vorangegangene Entscheidungen waren einheitlich uneinheitlich, stets agierte die Bundesrepublik mit dem "German vote" - Enthaltung mangels Einigkeit. Da es aber eine Mehrheit für Glyphosat brauchte, wirkte die wie eine Nein-Stimme.

Erst Anfang November hatte Schmidt in einem Brief an die Kommission signalisiert, dass Deutschland einer Glyphosat-Genehmigung für zunächst drei Jahre "vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage" zustimmen könnte - seinerzeit sondierten noch die Jamaika-Parteien, darunter interessanterweise auch die Glyphosat-Gegner von den Grünen. Aus dem Umweltministerium kam prompt ein Veto, Schmidt wich zurück.

Auch die Entscheidung vom Montag war ursprünglich zwischen den Ministerien konsultiert worden. Den entsprechenden Sprechzettel hatten Schmidts Leute herumgeschickt, als Ergebnis der Abstimmung. Das **Verhandlungsziel sei "Enthaltung zum vorliegenden Vorschlag"**, heißt es darin. Dann kam der einsame Entscheider Schmidt.

Am Ende bleiben jede Menge Irritationen - und eine andere Entscheidung. Denn **das deutsche Ja zu Europas Glyphosat-Genehmigung lässt sich nicht mehr rückgängig machen. National ließe sich das Pestizid aber durchaus verbieten. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat das vor, sobald Alternativen gefunden sind.** Auch Hendricks hält den Vorschlag für interessant, sie will das rechtlich prüfen. Denkbar sei auch, den Einsatz von Glyphosat auf ganz bestimmte Bereiche zu beschränken. Vorausgesetzt natürlich, man findet noch einmal zu einer Koalition.

Glyphosat Schritt zur Agrarwende

Es klingt absurd, ist aber so: Die Neuzulassung des Pflanzengifts Glyphosat könnte dazu führen, dass die Landwirtschaft künftig weniger Chemie braucht.

Kathrin Zinkant, SZ, 20.11.17

Es geht in der Politik um Macht, selten um die Wahrheit. Um das zu erkennen, braucht man Niklas Luhmann nicht. Doch was man in dieser Woche in Berlin und Brüssel erlebt, ist trotzdem schwer zu begreifen. Seit Jahren wird dort um Glyphosat gestritten - um Krebsgefahren, um ein Verbot. Entscheidungen wurden verschoben, Kampagnen geführt, Abstimmungen sabotiert, entblößende E-Mails entblößt, Studien diffamiert, mal zu Recht, meist zu Unrecht. **Und plötzlich, mit einem Handstreich des Noch-Agrarministers, ist es vorbei. Zurück bleiben fassungslose Verbraucher.** Es wird jetzt nur noch schwer zu vermitteln sein, dass die Neuzulassung von Glyphosat sachlich richtig und geboten war.

Denn ja, Glyphosat ist ein Gift und die Erfinderrfirma Monsanto keine Non-Profit-Organisation. Dem Konzern geht es darum, seine Aktionäre zufriedenzustellen, es muss Geld fließen. Sehr offensichtlich hat das Unternehmen deshalb versucht, Einfluss zu nehmen - auf Expertisen, auf wissenschaftliche Veröffentlichungen, auf politische Entscheidungen. Nicht zuerst in Europa, wo Glyphosat für das Unternehmen eine geringe Rolle spielt, sondern vor allem in den USA und Südamerika, wo Monsanto gentechnisch verändertes Saatgut verkauft, das nur mit seinem Glyphosat-Blockbuster RoundupReady wächst.

Das Pestizid erhöht das Krebsrisiko für den Menschen bei sachgemäßem Gebrauch nicht

Es gibt Gerüchte, dass das Unternehmen erneut versuchen will, mit Glyphosat-resistenten Gentech-Pflanzen den europäischen Markt zu erobern. Das gilt es um jeden Preis zu verhindern, es wäre verheerender für die Umwelt, als es der massive Einsatz von Herbiziden wie Glyphosat ohnehin schon ist.

Wahr ist aber auch: Die Versuche von Monsanto, Einfluss zu nehmen, belegen noch keine Schädlichkeit von Glyphosat für den Menschen. So wie das Gift in Europa derzeit verwendet wird, ist es **zuerst ein Umweltproblem**. Das ist zu oft vergessen worden im Gezeter um die Krebsgefahr. Zwar wird niemand je beweisen können, dass Glyphosat in keiner Dosierung Krebs provoziert. Solche absoluten Wahrheiten kann selbst die Wissenschaft nicht liefern, so vehement es mit dem Verweis auf das Vorsorgeprinzip auch gefordert wird.

Aber Wissenschaft sucht Wahrheit, sie nähert sich ihr, soweit es geht. Und was sie nach mehr als tausend Studien zu Glyphosat sicher sagen kann, ist: Das am besten untersuchte Pestizid der Welt erhöht das Krebsrisiko für den Menschen bei sachgemäßem Gebrauch nicht. Es war diese Feststellung, mit der die Scheindebatte um Krebs oder Nicht-Krebs vor zwei Jahren schon hätte enden und einer konstruktiven Auseinandersetzung über die Zukunft der Landwirtschaft in Europa hätte weichen müssen.

Um diese Zukunft nämlich geht es. Eine für Mensch und Umwelt verträglichere Landwirtschaft soll her, darin sind sich selbst die meisten Politiker einig. Doch die Idee, ein Verbot von Glyphosat werde diese Landwirtschaft mit einem Schlag erschaffen, war und bleibt naiv. **Das ökologisch zweifelhafte, artenfeindliche Agrarsystem unserer Zeit ist nicht auf einem Gift gebaut, sondern auf intensiver Landnutzung, massiver Düngepraxis und dem breitem Einsatz verschiedener Herbizide, Insektizide, Fungizide, von denen Glyphosat nur eines ist.**

Es gibt mehr als 250 zugelassene Wirkstoffe im sogenannten Pflanzenschutz, die fast durchweg schlechter untersucht und potenziell gefährlicher sind als Glyphosat, zudem weniger wirksam und teurer. Wäre Glyphosat entgegen der wissenschaftlichen Expertise verboten worden, hätten diese anderen Substanzen das gewaltige Loch stopfen müssen, das der Symbolstoff plötzlich hinterlassen und das die Landwirte existenziell bedroht hätte. Es wären Mixturen nötig geworden, deren Effekte erst recht keiner kennt. Und dann? Insgesamt wäre alles beim Alten geblieben. Bloß noch giftiger.

So schwer es deshalb wohl zu vermitteln ist und so groß der Affront sein mag, den sich Agrarminister Schmidt mit seinem Alleingang geleistet hat: Die Neuzulassung von Glyphosat ist absurderweise der erste Schritt Richtung Agrarwende. Biodiversitätsforscher, Toxikologen und Experten für nachhaltige Landwirtschaft sagen das schon lange: Glyphosat spiele für den Ackerbau eine Rolle, die man nicht ignorieren dürfe - aber zielgerichtet reduzieren müsse; nach und nach, damit praktikable Alternativen entwickelt werden können.

Es geht um einen bewussten Abschied nicht nur von Glyphosat, sondern vom **mit Chemie überfrachteten Ackerbau**, den niemand mehr will - **hin zu einer pestizidarmen, nachhaltigen Landwirtschaft, zu einem sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen der Natur.**

Das ist keine kleine Aufgabe. Wenn die Machtverhältnisse in Berlin geklärt sind, muss die kommende Regierung sie angehen. Der Weg dafür ist jetzt frei.

Bundesregierung

Friedlicher Dissens

Im Glyphosat-Streit gehen die Ressortminister Hendricks und Schmidt aufeinander zu. Der Einsatz des Giftes soll restriktiver gestaltet werden.

Michael Baumüller, SZ, 1.12.17

Die Minister für Umwelt und Landwirtschaft reden wieder miteinander. Nach dem Streit um die Zulassung des Pflanzengifts Glyphosat trafen sich Agrarminister Christian Schmidt (CSU) und Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) am Donnerstag zur Friedenspfeife im Umweltministerium. Grund seien die Beleidigungen und Gewaltdrohungen, denen Schmidt in den vergangenen Tagen ausgesetzt gewesen sei, sagte Hendricks. Dies sei "unerträglich". Zuvor hatte die Bild-Zeitung berichtet, im Wahlkreis-Büro des CSU-Politikers seien "Drohungen gegen Leib und Leben" eingegangen. Daraufhin habe Hendricks ihn zu dem Gespräch eingeladen, hieß es in ihrem Ministerium.

Schmidt hatte am Montag im Alleingang veranlasst, dass Deutschland einer fünfjährigen Zulassung des Pestizids zustimmt - gegen den Willen Hendricks'. Das deutsche Ja hatte die nötige Mehrheit dafür erst möglich gemacht. Auch die Bundeskanzlerin hatte sich davon distanziert. Die Geschäftsordnung der Bundesministerien verlangt, dass zwischen allen betroffenen Ressorts Einvernehmen darüber besteht, wie der Bund in Brüssel abstimmt.

Auch Christian Schmidt verspricht, den Einsatz des Giftes "restriktiver zu gestalten"

"Unser Dissens ist damit nicht aus der Welt", sagte Hendricks nach dem Treffen. "Aber wir sind uns einig, dass wir kollegial miteinander umgehen wollen." Ähnlich äußerte sich Schmidt. Trotz unterschiedlicher Positionen sei ein kollegialer Umgang wichtig, teilte er über den Kurznachrichtendienst Twitter mit. Die "entgleiste Diskussion" darüber sei erschreckend.

Zuletzt hatte der Streit auch die Annäherung zwischen Union und SPD belastet. Auch am Donnerstag legten führende Sozialdemokraten mit Kritik an Schmidts Verhalten nach. Der Fraktionsvorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen, Norbert Römer, verlangte im Tagesspiegel von Kanzlerin Angela Merkel die Entlassung des Landwirtschaftsministers - als vertrauensbildende Maßnahme vor Gesprächen über eine neuerliche große Koalition.

Unterdessen ließ die Umweltorganisation Greenpeace von einem Traktor die Gegend vor dem Reichstag spritzen, allerdings nur mit Wasser. Eine künftige Bundesregierung müsse ein Verbot über den Einsatz von Glyphosat verhängen, forderte Greenpeace.

Zuvor hatte auch SPD-Chef Martin Schulz verlangt, hierzulande den Einsatz des Pflanzengifts zu beschränken oder ganz zu verbieten. Das will auch Hendricks. "Mein Ziel ist eine naturverträglichere Landwirtschaft, die ohne Glyphosat auskommt und insgesamt möglichst wenig Pestizide verwendet", sagte sie nach dem Treffen mit Schmidt. Der wiederum signalisierte zumindest Entgegenkommen. Die beiden Minister wollten nun gemeinsam an Lösungen arbeiten, "um den Einsatz von Glyphosat künftig restriktiver zu gestalten", teilte Schmidt mit - wobei sie dafür womöglich gar nicht mehr so viel Zeit haben. Schließlich müssten dafür beide dem nächsten Bundeskabinett angehören.